



ENERGIEPOLITIK UNTER WIKTOR JANUKOWYTSCH ENERGIESPARMASSNAHMEN DER »FALL PAWLITSCHENKO«

■ ANALYSE		
	Die Oligarchisierung des ukrainischen Energiesektors unter Wiktor Janukowytsch 2010–2012	2
	Von Katerina Malygina, Bremen	
<hr/>		
■ KOMMENTAR		
	Steigerung der Energieeffizienz infolge energetischer Gebäudesanierung am Beispiel der Ukraine – Wertvolle Ergänzung kommunalpolitischer Entwicklungszusammenarbeit	6
	Von Miriam Kosmehl, Kiew	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
	Energieversorgung und -verbrauch in der Ukraine	9
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
	Der Fall Pawlitschenko	12
	Pressestimmen zum Fall Pawlitschenko	13
	Umfragen zum Thema	14
<hr/>		
■ CHRONIK		
	Vom 23. Januar bis 12. Februar 2013	16



Die Oligarchisierung des ukrainischen Energiesektors unter Wiktor Janukowytsch 2010–2012

Von Katerina Malygina, Bremen

Zusammenfassung

Während der Präsidentschaft von Wiktor Janukowytsch wird der ukrainische Energiesektor gravierend umstrukturiert. So wird die Privatisierung von Großunternehmen fortgesetzt, die in der Ukraine in den frühen 2000er Jahren begonnen hatte und während der Präsidentschaft von Wiktor Juschtschenko weitgehend gestoppt wurde. Doch anstatt einer echten Liberalisierung und der Schaffung eines wettbewerbsfähigen Umfelds findet eine schnelle Monopolisierung des Energiesektors statt, wodurch die Risiken für die ukrainische Wirtschaft nur wachsen.

Einleitung

Ende Januar 2013 haben sich die Gasbeziehungen zwischen der Ukraine und Russland wieder verschlechtert. Am Tag nach der Unterzeichnung des Production Sharing Agreement (PSA) zwischen der ukrainischen Regierung und dem Energiekonzern Shell zur Erschließung des Gasfelds Jusowka forderte der russische Staatskonzern Gazprom von dem ukrainischen Unternehmen Naftohas 7 Mrd. US-Dollar für im Jahr 2012 nicht abgenommene vertraglich vorgesehene Gaslieferungen. Die Ukraine reagierte darauf gelassen: Naftohas habe alle finanziellen Verpflichtungen gegenüber Gazprom 2012 erfüllt. Jetzt wird in Moskau über eine Lösung des Problems verhandelt.

Zwar ist der Ausgang dieser Verhandlungen noch unklar. Dennoch ist diesmal der Handlungsspielraum der Ukraine so groß wie nie zuvor. Noch im Jahr 2011 hoffte die ukrainische Regierung, über die Senkung der Gaspreise mit Russland handelseinig zu werden. Als die Verhandlungen endgültig in die Sackgasse geraten waren, setzte die Regierung im Jahr 2012 alles daran, die Gasimporte aus Russland zu reduzieren. Im Jahr 2012 hat die Ukraine ausländische Investitionen in die heimische Gasproduktion angeworben und die Umsetzung von Programmen zur Reduzierung des Gasverbrauchs eingeleitet. In den vergangenen Jahren hat die Ukraine auch sichtbare Fortschritte im Bereich erneuerbarer Energien gemacht, Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz gestartet und die Umsetzung ihrer Verpflichtungen im Rahmen der Europäischen Energiegemeinschaft begonnen. In Anbetracht des desolaten Zustands des ukrainischen Energiesektors ist diese Politik begrüßenswert.

Aber sind alle Veränderungen auf dem Energiemarkt tatsächlich so positiv? Die Analyse zeigt: In erster Linie werden nicht gesellschaftliche Bedürfnisse sondern nur einige Partikularinteressen bedient.

Kohleindustrie

Hohe Gaspreise machen das Kohlegeschäft in der Ukraine wieder profitabler und eröffnen günstigere Aus-

sichten für die Erzeugung von Synthesegas aus Kohle. Im Jahr 2012 begann die Regierung, die Wärmekraftwerke von Gas auf Kohle umzustellen und hat bereits chinesische Darlehen in Höhe von 3,6 Mrd. US-Dollar für Projekte zur Kohlevergasung eingeworben. Die aktualisierte Energiestrategie bis 2030 sieht keine Verringerung der Kohleförderung in der Ukraine vor. Vielmehr wird eine Steigerung angenommen. Kein Wunder also, dass sich momentan die Eigentümerstruktur auf dem ukrainischen Kohlemarkt verändert.

In den Jahren 2010–2011 wurden große Teile des Kohlebergbaus durch Pacht- und Konzessionsverträge, sowie nicht vollständig transparente Mechanismen öffentlich-privater Partnerschaften vom Staat in die Kontrolle privater Großkonzerne übertragen. So hat zum Beispiel durch Bergbaukonzessionen mit einer Laufzeit von 49 Jahren für die staatlichen Unternehmen »Sverdlovantrazit«, »Rovenkiantrazit« und »Dobropoljeugol« der ukrainische Oligarch Rinat Achmetow in nur zwei Jahren seinen Marktanteil an der Kohleproduktion von 35 % auf 50 % erhöht.

Für das Jahr 2013 plant die Regierung eine weitere Privatisierung der Kohleindustrie. Die profitablen staatlichen Bergbaubetriebe werden privatisiert und die unrentablen für einen symbolischen Preis von 1 Hrywnja an denjenigen potentiellen Käufer gegeben, der die höchste künftige Investitionssumme vorgeschlägt. Heutzutage produzieren die staatlichen Bergbaubetriebe ca. 35–40 Mio. Tonnen Kohle pro Jahr, was einem Anteil von 50 % der Gesamtproduktion entspricht. Dabei sind aber fast 80 % der Betriebe unrentabel. Die Gründe dafür sind nicht nur die veralteten Anlagen, sondern auch die staatliche Regulierung der Kohlepreise. So kauft die staatliche »Wugillja Ukrainy« (»Kohle der Ukraine«) die von den staatlichen Bergbaubetrieben produzierte Kohle unterhalb des Einstandspreises und verkauft sie an die Wärmekraftwerke. Im Ergebnis subventioniert der Staat die Branche jährlich mit ca. 10–13 Mrd. Hrywnja (ca. 1–1,3 Mrd. €).

Dank staatlicher Regulierung des Kohlemarkts ist Oleksandr Janukowytsch, der älteste Sohn des Präsidenten, in den letzten zwei Jahren ein aktiver Marktteilnehmer geworden. Im Jahr 2010 hat er die Kontrolle über fünf staatliche Aufbereitungsanlagen in der Region Donetsk übernommen. Im Jahr 2011 verdiente die Familie Janukowytschs knapp 1 Mrd. Hrywnja über Anreicherung von Kohle und zusätzlich 1,5 Mrd. Hrywnja durch Kohlelieferung an ein staatliches Wärmekraftwerk. Bereits im Jahr 2012 erweiterte Janukowytsch Jr. sein Engagement in der Kohleindustrie erheblich. Im März 2012 bekam Oleksandr Janukowytsch dank einer Gesetzesänderung 70–75 % der oben erwähnten Aufbereitungsanlagen unentgeltlich überschrieben. Im Juni 2012 erwarb er den Hersteller für Bergbauausrüstungen »Vostokuglemasch«. Im Jahr 2012 erwirtschafteten die Unternehmen von Janukowytsch Jr. über öffentliche Ausschreibungen in der Kohleindustrie mehr als 5 Mrd. Hrywnja. Nun wird erwartet, dass Oleksandr Janukowytsch sein Geschäft mit Akquisition der staatlichen Bergbaubetriebe im Jahr 2013 noch weiter ausdehnt. Bei so einem Wachstumstempo ist es nicht verwunderlich, dass der Sohn des Präsidenten im Frühjahr 2012 zum ersten Mal ins Ranking der reichsten Ukrainer der ukrainischen Zeitschrift Fokus aufgenommen wurde. Sein Vermögen schätzte man auf 100 Mio. US-Dollar.

Energiewirtschaft

Im Jahr 2011 hat die Regierung grünes Licht für die Privatisierung der Elektrizitätswirtschaft signalisiert. Seitdem ist es Rinat Achmetow gelungen, seine Aktienanteile an vier der insgesamt sechs Wärmekraftwerksbetreibern in der Ukraine aufzustocken – Vostokenergo (100 %), Dniproenergo (47,5 %), Kyivenergo (40 %) und Zachidenergo (25 %). Nach der Privatisierungswelle in den Jahren 2011–2012 hat der Oligarch seinen Anteil an diesen Vermögenswerten auf 70–73 % erhöht und damit die volle Kontrolle übernommen. Dabei wurden die Regeln des Privatisierungswettbewerbs so bestimmt, dass nur der Energiekonzern DTEK, Tochter der Holding SCM des Oligarchen Rinat Achmetow, Anspruch auf die Vermögenswerte haben konnte. So sollte der Aktienkäufer die gekauften Stromerzeuger mit Kohle versorgen, die bis zu 70 % ukrainischer Herkunft sei.

Im gleichen Zeitraum hat Achmetow seine Anteile auch an den regionalen Stromversorgern Donetskoblenenergo (von 30,6 % auf 71,3 %), Krymenergo (von 12,5 % auf 57,5 %) und Dneproblenergo (von 1,5 % auf 51,5 %) erhöht. Bei der Stromversorgung hat der Oligarch jedoch noch viele Konkurrenten wie Igor Koloymojskyj (Pryvat-Gruppe), Grigori und Igor Surkis (Ukrenergokonsalting), die Russen Konstantin Grigo-

rishin (Energy Standard) und Alexander Babakov (VS Energy). Anfang 2012 erwarben die russischen Oligarchen staatliche Anteile an drei regionalen Stromversorgern, während die Surkis-Brüder, die Ende der 1990er Jahre die Wiederwahl des Präsidenten Leonid Kutschma unterstützt hatten, hingegen nicht zur Privatisierung zugelassen wurden.

Für alle oben genannten Vermögenswerte in der Stromerzeugung und Versorgung hat Achmetow etwa 618 Mio. US-Dollar bezahlt. Nach Meinung von Experten liegt die Summe bis zu 50 % unter dem tatsächlichen Marktwert. Als Ergebnis ist DTEK zu einer vertikal integrierten Holding umgewandelt worden, die 47 % der Kohle in der Ukraine produziert, sie an eigene Stromerzeuger liefert – deren Anteil bei der gesamten Stromerzeugung bei 29 % liegt – und schließlich den selbst erzeugten Strom an die Endverbraucher durch eigene Stromversorger verkauft.

Ein unbestrittenes Monopol hat das Unternehmen seit einigen Jahren beim Stromexport. Bis zum Jahr 2010 war das staatliche Unternehmen »Ukrinterenergo« der offizielle Stromexporteur in der Ukraine. Allerdings hat die Partei der Regionen im Mai 2009 mithilfe der Partei Block Julia Timoschenko eine Stromgesetz-Änderung beschlossen, wodurch der Zugang zu den zwischenstaatlichen Stromleitungen über Auktionen bestimmt werden sollte. Die erste solche Auktion fand im Herbst 2009 in einem wettbewerbsintensiven Umfeld statt: fünf Unternehmen waren daran beteiligt. In den folgenden Jahren nahm aber nur noch DTEK teil. Das Stromexportgeschäft war am Anfang unrentabel: im Jahr 2010 war der ukrainische Strom wegen der Quersubventionierung des Stromverbrauchs der Bevölkerung noch teurer als auf den Märkten in Europa, wo die Preise aufgrund der Finanzkrise fielen. Im März 2012 hat das Parlament jedoch die Quersubventionen für den Stromexport nach Europa aufgehoben. Als Ergebnis exportierte die Ukraine im Jahr 2012 Strom im Wert von 574,8 Mio. US-Dollar, fast dreimal mehr als im Jahr 2010.

Bald könnten sich die Bedingungen auf dem Strommarkt wieder zugunsten Achmetows ändern. Im Rahmen der Strommarktreform hat das Parlament im November 2012 ein Gesetz in erster Lesung verabschiedet, das die Einrichtung eines speziellen Fonds für Subventionierung erneuerbarer Energien vorsieht. Im Falle der endgültigen Verabschiedung dieses Gesetzes werden »grüne« Tarife nur durch Kernenergie und Wasserkraft finanziert und nicht durch alle Marktteilnehmer, einschließlich der Wärmekraftwerke Achmetows, wie es heute der Fall ist.

Der Markt für erneuerbare Energien

Seit einigen Jahren subventioniert der Staat erneuerbare Energien. Die Einspeisetarife, die in der Ukraine

als »grüne« Tarife bezeichnet werden, gehören zu den höchsten in Europa. Der Ausbau erneuerbarer Energien wird auch über spezielle steuerliche Anreize gefördert.

Aufgrund der hohen Rentabilitätserwartungen und des großen Potenzials zog der neue Markt sofort in- und ausländische Investoren an. Doch in naher Zukunft könnten erneubare Energien das gleiche Schicksal erleiden wie die anderen Energiemärkte der Ukraine. In den vergangenen zwei Jahren haben sich einige Marktteilnehmer eine Vorzugsbehandlung gesichert und bekommen so die »grünen« Tarife zu den günstigsten Bedingungen.

Den realisierten Projekten nach zu urteilen waren in der Ukraine die Unternehmen »Wind Power« und »Wind Parks der Ukraine« Anfang 2013 die wichtigsten Investoren in Windkraftanlagen. Das Unternehmen »Activ Solar« nahm in der Solarenergie die Spitzenposition ein. Während das erste Unternehmen als Tochtergesellschaft zu Rinat Achmetows Energiekonzern DTEK gehört, werden die letzten beiden Firmen in den ukrainischen Medien jeweils mit dem ehemaligen Minister für regionale Entwicklung, Bau- und Wohnungswesen, Anatoly Bliznyuk, und dem ehemaligen ersten Vize-Premierminister Andrij Kljuev assoziiert. Die beiden sind seit den Zeiten seiner Arbeit als Gouverneur von Donezk in den Jahren 1997–2002 Freunde von Präsident Viktor Janukowytsch.

Nach Berechnungen der Autorin haben die Unternehmen von Achmetow und Bliznyuk in den vergangenen zwei Jahren Windkraftanlagen mit der Gesamtleistung von rund 150 Megawatt (MW) aufgestellt, während noch Ende 2010 die Gesamtkapazität aller Windkraftanlagen in der Ukraine, die noch weitgehend in den 1990er Jahren gebaut worden waren, nur 87,5 MW betrug. Auch wenn momentan die Projekte anderer Investoren durchgeführt werden, werden die Windkraftanlagen Bliznyuks und Achmetows in Rekordzeit gebaut. Anders ist es auf dem Solarenergiemarkt. Hier ist das Unternehmen »Activ Solar« heute unangefochtener Marktführer: ihm gehören 60 % der Kapazität aller Solarkraftwerke, die Anfang 2013 in Betrieb waren (227 MW von 370 MW). Darüber hinaus besitzt »Activ Solar« ein Halbleiterwerk in der Region Saporischschja, das für die Solarenergie wichtiges Polysilizium produziert.

Im Jahr 2012 trat die sog. Local Content Regelung in Kraft. Die noch aus dem Jahr 2009 stammende Regelung sah ursprünglich vor, dass die »grünen« Tarife nur dann beansprucht werden dürfen, wenn der Anteil von »Local Content« (d. h. Material, Arbeit, Dienstleistungen ukrainischer Herkunft) bei der Stromerzeugung nicht weniger als 30 % ab dem Jahr 2012 und 50 % ab dem Jahr 2014 ausmacht. Interessanterweise

wurde die Local Content Regelung in den Jahren 2011–2012 vielfach zugunsten der Marktführer geändert. Im November 2011 nahm das Parlament die Projekte, die bis zum 1. Januar 2012 eine Baugenehmigung bekommen haben, von der »Local Content« Regelung komplett aus. Ein Jahr später, im November 2012, regelte das Parlament den Rechtsrahmen für den Markt der erneubaren Energien wieder neu. Trotz vieler positiver Neuerungen (wie etwa Einführung des grünen Tarifs für Strom aus Biogas, Tariffdifferenzierung für Wasserkraftanlagen, Anreize für Montage von Solarkollektoren in Privathaushalten) schützt das neue Gesetz, nach Einschätzung von Experten, die alten Marktteilnehmer. Insbesondere hat das Gesetz das Inkrafttreten der ursprünglichen »Local Content«-Regelung um ein Jahr verschoben (d. h. die 30 %-Regelung beginnt erst 2013 statt 2012 und die 50 %-Regelung – 2015 statt 2014), während sich der Anteil des »Local Content« für die im Jahr 2012 in Betrieb genommenen Anlagen von 30 % auf 15 % reduziert.

Nachdem die Marktführer die Baugenehmigungen erhalten und einen Teil ihrer Projekte in Betrieb genommen haben, könnte die Regierung nun die »Local Content«-Regelung in vollem Umfang umsetzen, um den Status Quo auf den Markt aufrecht zu erhalten. So verwundert es nicht, dass die nationale Regulierungsbehörde im Oktober 2012 das Verfahren zur Berechnung von »Local Content« schließlich verabschiedete – vier Jahre nach der Ersteinführung der »Local Content«-Regelung.

Der Gasmarkt

Im Vergleich zu allen anderen Energiemärkten in der Ukraine war der ukrainische Gasmarkt immer am meisten politisiert. Unter der Präsidentschaft von Wiktor Juschtschenko scheiterten alle Versuche, den Einfluss des Staates auf den Markt zu reduzieren. Dennoch vollzieht sich die »kontrollierte« Liberalisierung heutzutage auch auf dem Gasmarkt.

Anstelle des staatlichen vertikal integrierten Energiekonzerns »Naftohas Ukrainy« entsteht derzeit ein neues privates Monopol von Dmytro Firtasch. Nach dem Machtwechsel in der Ukraine im Februar 2010 kehrte der Oligarch nicht nur ins Gasgeschäft zurück, sondern konnte seine Präsenz auf dem einheimischen Gasmarkt sogar noch ausbauen. Im Jahr 2010 gewann sein Unternehmen »RosUkrEnergo« beim Stockholmer Schiedsgericht gegen Naftohas und bekam auf richterlichen Beschluss 12,1 Mrd. m³ Gas zurück, die im Frühjahr 2009 von der Regierung Julija Tymoschenkos beschlagnahmt worden waren. Im April 2011 hat das ukrainische Parlament das Monopolrecht von Naftohas auf die Verzollung von importiertem Erdgas in der

Ukraine aufgehoben, das die Regierung Tymoschenko dem Unternehmen im März 2008 verliehen hatte. Infolgedessen importierte das Unternehmen »Ostchem Holding Limited« von Dmytro Firtasch 4,8 Mrd. m³ Gas im Jahr 2011 aus Zentralasien und 8,1 Mrd. m³ Gas im Jahr 2012 aus Russland.

Für sein Gas hat Dmytro Firtasch einen eigenen Absatzmarkt. Seit 2010 gehören Firtasch vier der sechs Düngemittelunternehmen des Landes, für die Gas der wichtigste Rohstoff ist. Darüber hinaus besitzt der Oligarch auch andere Unternehmen in der chemischen Industrie wie die Sodafabrik »Krymskyj sodovyj zavod« und die Titan-Fabriken »Krymskyj Tytan« und das »Saporischschja Titan-Magnesiumkombinat«. Noch unter Julija Tymoschenko war es dem Geschäftsmann gelungen, die Mehrheit der regionalen Gasversorger unter seine Kontrolle zu bringen. Unter Janukowytsch festigte Firtasch allmählich seine Position in der Branche. Im Mai 2011 schrieb das Parlament Schulden von Unternehmen des Brennstoff- und Energiebereichs gegenüber dem Staatshaushalt in Höhe von mehr als 24 Mrd. Hrywnja ab, wovon 7,4 Mrd. auf die regionalen Gasversorger entfielen. Im November 2011 wurde der größte Gasversorger »Gas Ukrainy«, die Tochtergesellschaft von »Naftohas Ukrainy«, aufgelöst. Im August 2012 beschloss die Regierung, dass die Gasleitungsnetze von den regionalen Gasversorgern nicht getrennt werden dürfen. Auf diese Weise wurde es Firtasch garantiert, dass sich die Ereignisse vom Jahr 2009 nicht wiederholen. Damals versuchte die Premierministerin Julija Tymoschenko, die Gasleitungsnetze durch eine Tochtergesellschaft von Naftohas wieder unter staatliche Kontrolle zu stellen. Des Weiteren erwarb das Unternehmen »Gruppe DF« von Dmytro Firtasch im Jahr 2012 die Beteiligungen an 13 regionalen Gasversorgern für 326 Mio. Hrywnja. Momentan besitzt der Oligarch etwa 60 % der regionalen Gasunternehmen; 20 % gehören dem russischen Geschäftsmann Wiktor Wexselberg (»Gazeks«) und weitere 20 % – anderen Unternehmen, die in der Regel Abgeordneten aus der Partei der Regionen nahestehen.

In naher Zukunft ist eine weitere Reduzierung der staatlichen Kontrolle über die Erdgaswirtschaft zu erwarten. Im April 2012 beschloss das Parlament die Änderung von Artikel 7 des Gesetzes »Über den Rohrleitungstransport«, das die Veräußerung von Fonds und Aktien der Nationalen Aktiengesellschaft Naftohas Ukrainy und ihrer Tochterunternehmen verbietet. Nun hat das Parlament die Restrukturierung von Naftogas erlaubt, gleichzeitig aber seine Privatisierung verboten. Über viele Jahre hinweg war der 7. Artikel ein großes politisches Streitthema. Heute verläuft die Restrukturierung von Naftohas aber ohne jegliche Proteste. Ende

Dezember 2012 transformierte die Regierung die Tochtergesellschaften von Naftohas, Ukrtransgas (Pipelinebetreiber) und Ukrgaswydobuwannja (Gasförderer), in eine Aktiengesellschaft. Als Nächstes könnte es zu einer Situation kommen, in der der Staat die Mehrheitsbeteiligung an den neuentstandenen Unternehmen rein formal beibehält, die Kontrolle über die Unternehmen jedoch an Aktionäre mit Vetorechten übergeht. Genau in dieser Situation befindet sich heute der größte Ölproduzent in der Ukraine »Ukrnafta«, der zwar mehrheitlich dem Staat gehört, seit 2003 aber von der »Privat«-Gruppe kontrolliert wird. Darüber hinaus öffnet die Umwandlung von Ukrtransgas in eine Aktiengesellschaft den Weg für die Einrichtung des Gastransitkonsortiums. Dementsprechend ist es möglich, dass diese Frage bald wieder auf die Tagesordnung kommt.

Die neuen Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft und ihre Implikationen

Unter Präsidentschaft von Wiktor Janukowytsch wird der ukrainische Energiesektor gravierend umstrukturiert. So wird die Privatisierung von Großunternehmen fortgesetzt, die in der Ukraine in den frühen 2000er Jahren begann und während der Präsidentschaft von Wiktor Juschtschenko zum größten Teil gestoppt wurde. Die Privatisierung findet erneut zu Konditionen unterhalb der Marktpreise und zugunsten vorab bestimmter Personen statt. Nach Einschätzungen von Experten hätte der ukrainische Staatshaushalt im Jahr 2012 anstelle von 6,8 Mrd. Hrywnja insgesamt 16–18 Mrd. Hrywnja durch die Privatisierung eingenommen, wenn alle Objekte zu tatsächlichen Marktpreisen privatisiert worden wären.

Außerdem werden die ukrainische Energiemärkte unter Janukowytsch nicht nur umstrukturiert, sondern auch von einigen wenigen Marktteilnehmern monopolisiert. Doch weder Rinat Achmetow noch Dmytro Firtasch werden vom ukrainischen Antimonopolkomitee als Monopolisten in ihren Branchen bezeichnet. Die neue Privatisierungswelle trifft nicht der geringste Widerstand seitens der Opposition. So hat die Opposition im vergangenen Jahr lediglich sehr heftig auf die Verabschiedung des Gesetzes über die russische Sprache reagiert.

Jedoch nicht nur durch die Privatisierung werden die Positionen der Oligarchen gestärkt. Eine aktive Rolle in diesem Prozess spielt das Parlament, das von Interessengruppen beeinflusste Gesetzentwürfe fast ohne Debatten verabschiedet. Unter solchen Umständen könnten auch die neuen Märkte, wie etwa der Markt für erneuerbare Energien, leicht monopolisiert werden.

Die neuen Beziehungen zwischen dem Staat und den Oligarchen widerspiegeln sich schon in der Energiepolitik der Ukraine. Im Jahr 2012 hat die Ukraine ihre

nationale »Energiestrategie bis 2030« aktualisiert. Das entstandene Dokument ist jedoch nicht ganz strategisch, und nicht einmal national. Strategisch ist es nicht, weil es – ebenso wie die frühere Version der Energiestrategie – auf unbegründeten Prognosen des BIP-Wachstums und des Energieverbrauchs basiert, den Einfluss externer Faktoren nicht berücksichtigt, den anderen strategischen Dokumenten widerspricht und keine konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie bietet. National ist die aktualisierte Energiestrategie auch nicht, weil sie von einem privaten Institut, das von Rinat Achmetow finanziert wird, erarbeitet wurde. Als Ergebnis entspricht die aktualisierte Energiestrategie den Interessen des Oligarchen völlig: Sie sieht nun die Liberalisierung von Kohle- und Strommärkten vor, einschließlich des Übergangs zu kostendeckenden Energietarifen und eine vollständige Privatisierung. Für die Entwicklung dieser beiden Sektoren sind ca. 50 Mrd. US-Dollar oder fast 50 % der in der Energiestrategie vorgesehenen Investitionen erforderlich.

Über die Autorin:

Katerina Malygina ist Doktorandin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und schreibt ihre Doktorarbeit über den ukrainischen Gasmarkt und die ukrainisch-russischen Gasbeziehungen. Die Promotion wird durch ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt.

Lesetipps:

- Malygina, Katerina: »Die neue Eiszeit in den Gasbeziehungen zwischen Russland und der Ukraine«, in: *Ukraine-Analysen* 94/2011, S. 18–22.
- International Energy Agency: »Ukraine 2012 – Energy Policies Beyond IEA Countries Series«, ISBN 978-92-64-17151-0 (kostenpflichtig, pdf 60 €), <http://www.iea.org/w/bookshop/b.aspx?new=10>

KOMMENTAR

Steigerung der Energieeffizienz infolge energetischer Gebäudesanierung am Beispiel der Ukraine – Wertvolle Ergänzung kommunalpolitischer Entwicklungszusammenarbeit

Von Miriam Kosmehl, Kiew

In der Ukraine wird gerade auch in privaten Haushalten zu viel Energie verbraucht. Dabei importiert das Land etwa die Hälfte bis zwei Drittel des Gases, das es konsumiert. Insbesondere Russland nutzt diese Abhängigkeit, um die Ukraine politisch unter Druck zu setzen. So kommuniziert Moskau, der hohe Gaspreis, den die Ukraine zahlt, werde reduziert, wenn sich Kiew für den Beitritt zur Eurasischen Zollunion entscheide – was die Chancen auf europäische Integration des Landes, des-

Die Privatisierung im Energiesektor ist noch nicht abgeschlossen. Im Jahr 2013 plant die Regierung, alle Wärmekraftwerke und regionale Strom- und Gasversorger zu privatisieren. Der Staat wird nur eine Sperrminorität behalten. In Staatsbesitz bleiben auch die Kern- und Wasserkraftwerke, die den billigsten Strom produzieren. Die Regierung rechtfertigt die Privatisierung damit, dass der Energiesektor dringend Modernisierung und Großinvestitionen benötigt, die sie heute nicht leisten kann. Das alles wäre sinnvoll, aber nur wenn zur gleichen Zeit auch ein wettbewerbsfähiges Umfeld geschaffen würde. Die Maßnahmen der Regierung stehen jedoch momentan im Widerspruch zu den Verpflichtungen der Ukraine in der Europäischen Energiegemeinschaft: anstelle einer echten Liberalisierung der ukrainischen Energiemärkte findet ihre schnelle Monopolisierung statt, wodurch die Risiken für die ukrainische Wirtschaft nur weiter anwachsen.

sen Bevölkerung nach aktuellen Umfragen mehrheitlich nach Europa strebt, zumindest schmälern dürfte.

Bislang subventionierte jede ukrainische Regierung den Konsum von Gas, Wärmeenergie und Elektrizität. Die Preise werden künstlich auf einem niedrigen Niveau gehalten. Verzerrt ist dabei nicht nur das Preisverhältnis von Gas, Wärmeenergie und Elektrizität für Haushalte zueinander, sondern auch das Verhältnis der Preise, die privaten Haushalten und der Industrie abverlangt wer-

den. Niedrige Preise für Haushalte werden durch hohe Preise für industrielle Abnehmer quersubventioniert, wobei insbesondere kleine und mittlere Unternehmen die Leidtragenden sind. Wenn von der OECD aufgestellte Preisrelationen Berücksichtigung fänden, müssten Haushalte erheblich mehr für Gas zahlen als bisher – schwer denkbar in einem Land, in dem seit Beginn des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft die Armut gestiegen ist.

Die Subventionen für Gas und Wärmeenergie einzuschränken, ist auch eine langjährige Forderung des Internationalen Währungsfonds (IWF), die ukrainische Entscheidungsträger bislang aus wahltaktischen Gründen nicht erfüllten. Eine Mission des IWF hält sich seit dem 29. Januar 2013 auf Einladung offizieller Stellen in Kiew auf, um einen – in Anbetracht der desaströsen wirtschaftlichen Lage des Landes dringend notwendigen – neuen Bereitschaftskredit auszuhandeln.

Maßnahmen zur Energieeinsparung sind deshalb von grundsätzlicher Bedeutung. Vordringliches Anliegen der nationalen Energiepolitik der Ukraine sollte neben der Sicherung adäquater Energieversorgung sein, die brachliegenden Kapazitäten für Einsparung zu nutzen.

Hohes Energieeinsparungspotential im Wohngebäudesektor

Gerade der Gebäudesektor bietet großes Potential für wirksame Einsparungsmaßnahmen. Die Energieintensität, das heißt die aufgewendete Primärenergie in Relation zum Brutto sozialprodukt, ist in der Ukraine rund 16-mal so hoch wie in Deutschland. Dieser Indikator deutet auf eine niedrige Energieeffizienz, verbunden mit hohen Emissionen. Über 30 Prozent der Energie werden im Gebäudesektor verbraucht.

Die rund 50 Millionen Einwohner der Ukraine leben in ca. 19,2 Millionen Wohneinheiten. Ein großer Anteil dieses traditionell in staatlicher Hand befindlichen Wohnraums wurde zwischen 1950 und 1990 errichtet. In der Sowjetunion war der Wohnungsmarkt stark reguliert; die Mietpreise orientierten sich weder an der Nachfrage noch an den Kosten für Errichtung und Instandhaltung. Seit 1993 wurde der ehemals öffentliche Wohnraum zwar im Zuge der Entwicklung hin zu einem mehr an marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierten Wohnungssektor privatisiert und die Wohnungen an die Mieter übergeben. Aber weil der öffentliche Wohnungsbau aufgrund der wirtschaftlich schlechten Lage vieler Kommunen stark zurückging, ist bezahlbarer Wohnraum insbesondere in den Städten der Ukraine nach wie vor knapp und für viele zu teuer. Gleichzeitig sind in den privatisierten Wohnungen seit ihrem Bau nur dringend notwendige Repara-

turen erledigt worden, so dass die Gebäude in einem energetisch nicht zeitgemäßen Zustand sind. Die alten Gebäude haben keine Wärmedämmung und schlechte Fenster. Trotz Dämmung und besserer Fenster ist die Energieeffizienz im Neubau noch deutlich unter europäischem Standard, auch wegen schlechter Bauausführung. Die technischen Versorgungssysteme für Wärme, Strom und Warmwasser sind ebenfalls veraltet und oft extrem ineffizient. Daraus resultiert ein hoher Energieverbrauch bei niedrigem Komfort.

Die Gesetzgebung sowie die staatlich subventionierten Energiepreise schafften bisher kaum Anreize für Verbesserungen. Strategisches Energiemanagement fand weder auf staatlicher noch auf kommunaler Ebene statt. Folglich gibt es nur wenige Programme, die energetische Sanierung von Gebäuden unterstützen oder bei den Bürgern die Notwendigkeit von Energieeinsparung ins Bewusstsein rufen.

Kommunalpolitische Entwicklungszusammenarbeit als Chance

Seit wenigen Jahren wird die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effektive Politik zur Energieeinsparung im Gebäudesektor im Rahmen einiger deutsch-ukrainischer Vorhaben angestoßen und umgesetzt – in fachlicher, gesetzlicher, institutioneller und finanzieller Hinsicht. Denn Gebäudeenergieeffizienz setzt wohnungswirtschaftliche und bauliche Umsetzungsmöglichkeiten voraus. Ein weiteres zentrales Anliegen ist, dass Wohnungseigentümer und -verwalter, Verantwortliche der Kommunalverwaltung und ukrainische Dienstleister auch Zugriff auf Expertise und Experten für energetische Sanierungsmaßnahmen haben.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) setzt sich seit Beginn ihrer Tätigkeit in der Ukraine 2007 für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ein. Nicht von ungefähr spielt die Kommunalpolitik in der Projektstruktur der Stiftung eine besondere Rolle. In einem Land, in dem umfassende Demokratisierung und die Entwicklung einer vitalen Zivilgesellschaft bei Entscheidungsträgern nicht uneingeschränkt willkommen sind, findet man dennoch einzelne Domänen, in denen freiheitliche Strukturen durchaus konsequent umgesetzt werden. Die kommunale Ebene ist hier besonders geeignet, wie sich im Rahmen von Stiftungsmaßnahmen zeigt, die die Einrichtung von Bürgerämtern unterstützen. Als *New Public Management* sind ähnliche Projekte seit Jahren Teil der weltweiten FNF-Arbeit.

Konkrete Ansätze für liberale Kommunalpolitik sind nun auch im Rahmen des Globalprogramms »Sondervermögen Klima und Energie (2011–2015)« des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung umsetzbar. Seit 2011 fördert die FNF gemeinsam mit der Initiative Wohnungswirtschaft Osteuropa (IWO) und mit Hilfe ihrer kommunalpolitischen Partner in den ukrainischen Bezirken Lwiw und Cherson die Gründung von privaten Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) und führt Fortbildungsmaßnahmen dazu durch, wie energetische Sanierung in die Praxis umzusetzen ist. Nach erfolgter Privatisierung erlauben diese Gemeinschaften eine Möglichkeit privaten Managements. Eigenverantwortung und Eigeninitiative von WEG oder anderen privaten Wohnungsverwaltern bieten in der Regel einen ergiebigeren Grund für energieeffiziente Gebäudesanierung als lokale staatliche Wohnungsverwaltungsstrukturen, die keinen eigenen Nutzen in Energieeinsparungen sehen.

Die Projektmaßnahmen, die sich auch auf die Erfahrungen stützen, die IWO und lokale Partner im Rahmen eines *Public Private Partnership*-Projekts »Energieeffizienz in der Ukraine« zusammen mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und dem Unternehmen *profine Ukraine* gemacht haben, unterstützen damit die erklärte Absicht der gesamtukrainischen Regierung, die Zahl der WEG in den kommenden Jahren von ca. 12.000 auf 45.000 zu erhöhen. Nach Angaben des Einheitlichen Staatlichen Registers von Unternehmen und Organisationen der Ukraine, geführt vom Staatlichen Statistischen Komitee, gab es zum Jahresbeginn 2010 insgesamt 10.329 WEG, zum Jahresbeginn 2011 11.956, und zum 01.10.2012 bereits 14.651 WEG. Nach Angaben des Ministeriums für regionale Entwicklung, Bauwesen und Wohn- und Kommunalwirtschaft der Ukraine (Regionalministerium) vom 25.11.2012 werden bislang 25 Prozent des Wohnraums der Ukraine von WEG und Wohnungsgenossenschaften verwaltet.

Über die Autorin:

Die gelernte Juristin Miriam Kosmehl leitet seit 1. Juni 2012 das Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Kiew.

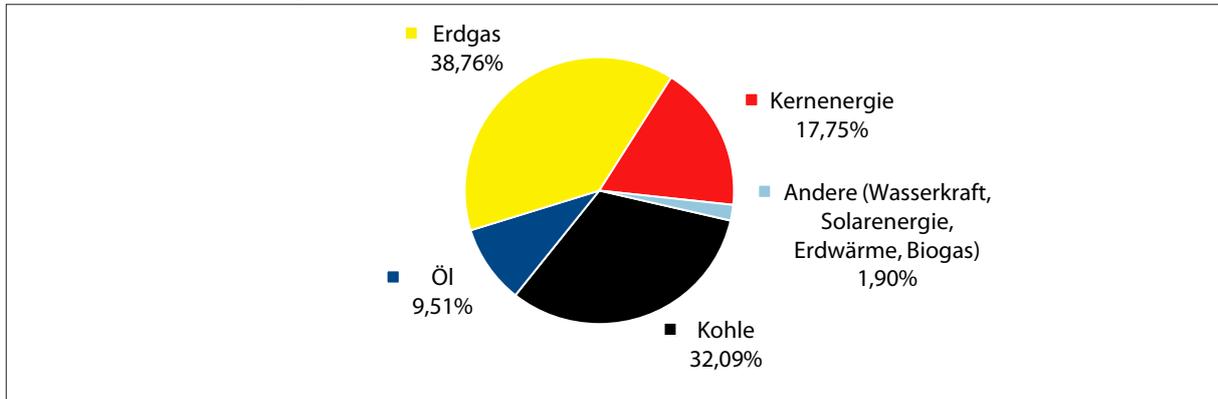
Komplizierte Eigentumsverhältnisse, rechtliche Unsicherheiten, Schwierigkeiten beim Zugang zu Krediten sowie mangelnde technische Beratung verhindern oder erschweren die Umsetzung von energetischen Sanierungsmaßnahmen. Im Rahmen des o.g. Programms richteten die Partner eine Internetplattform ein, die interessierten Regionen direkten Zugang zu speziellem Know-how bietet und der Ausweitung eines Spezialistennetzwerks dient.

Das Regionalministerium erklärte 2012 ein einheitliches Gesetz für den Bereich Wohn- und Kommunalwirtschaft, das die 21 existierenden und sich zum Teil widersprechenden Gesetze ablösen soll, zur Priorität für 2013. Außerdem wurde ein Nationaler Rat zur Schaffung und fortlaufenden Unterstützung von Eigentümergeinschaften beim Ministerkabinett der Ukraine eingerichtet. Damit beabsichtigt man, auf berechtigte Bedenken der Bevölkerung zu reagieren, die man grundsätzlich für bereit hält, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen, z. B. bezüglich der Zusammenarbeit mit lokalen Monopolstrukturen und unberechenbaren steuerlichen, statistischen- und buchhalterischen Anforderungen.

Im Bereich energetischer Sanierung von Wohngebäuden liegen noch wesentliche Kapazitäten zur Energieeinsparung brach: nach Einschätzung des genannten PPP-Projekts etwa die Verringerung des Energieverbrauchs um mehr als 50 Prozent. Das sind erhebliche Einsparungsmöglichkeiten in Anbetracht künftig steigender, kostenorientierter Energiepreise. Energetische Sanierung sichert zudem den Bestand von dringend notwendigem, finanzierbarem Wohnraum – und erhöht den Wohnkomfort.

Energieversorgung und -verbrauch in der Ukraine

Grafik 1: Primärenergiemix 2011



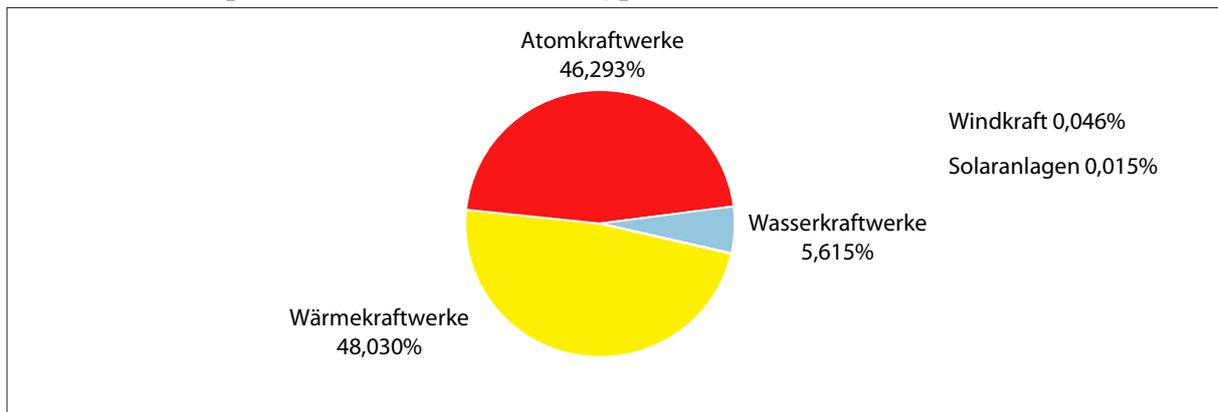
Quelle: eigene Berechnungen nach Daten des staatlichen Statistikamtes, <http://ukrstat.gov.ua/>

Tabelle 1: Energiebilanz der Ukraine 2011 (in Mio. t Öläquivalent)

	Kohle und Torf	Rohöl	Ölprodukte	Erdgas	Kernenergie	Wasserkraft	Erdwärme, Solar	Biogas und Müll	Gesamt
Produktion	40,0	3,4	-	15,5	23,7	0,9	0,0	1,6	85,2
Importe	8,3	5,7	7,7	36,2	-	-	-	-	58,0
Exporte	-5,6	-	-4,2	-	-	-	-	-	-9,7

Quelle: Staatliches Statistikamt, <http://ukrstat.gov.ua/>

Grafik 2: Stromproduktion nach Kraftwerkstypen 2011



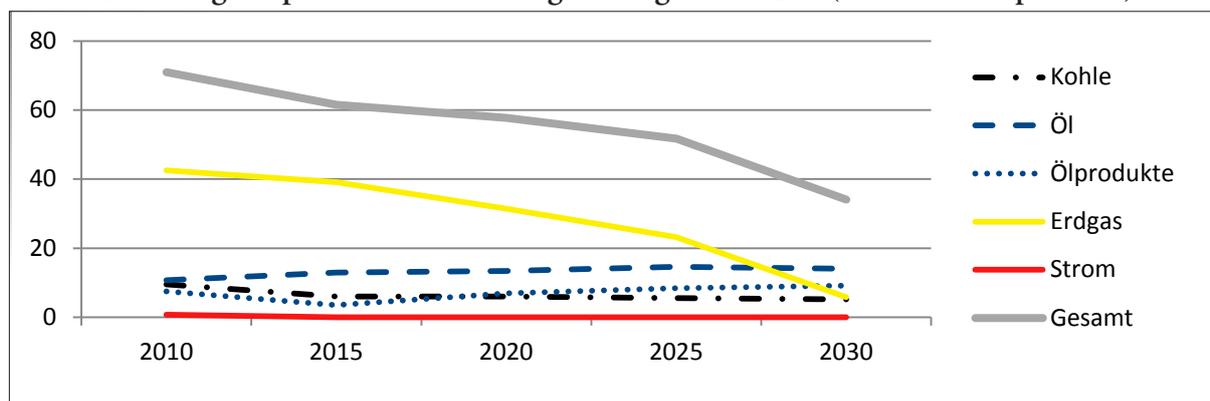
Quelle: eigene Berechnungen nach Daten des staatlichen Statistikamtes, <http://ukrstat.gov.ua/>

Tabelle 2: Stromproduktion nach Kraftwerkstypen 2011

	in Mio. kWh
Wärme­kraftwerke	93633,7
Atomkraftwerke	90247,7
Wasserkraftwerke	10945,9
Windkraft	89,5
Solaranlagen	30,1
Gesamt	194946,9

Quelle: Staatliches Statistisches Amt, <http://ukrstat.gov.ua/>

Grafik 3: Energieimporte nach der »Energiestrategie bis 2030« (in Mio. t Öläquivalent)



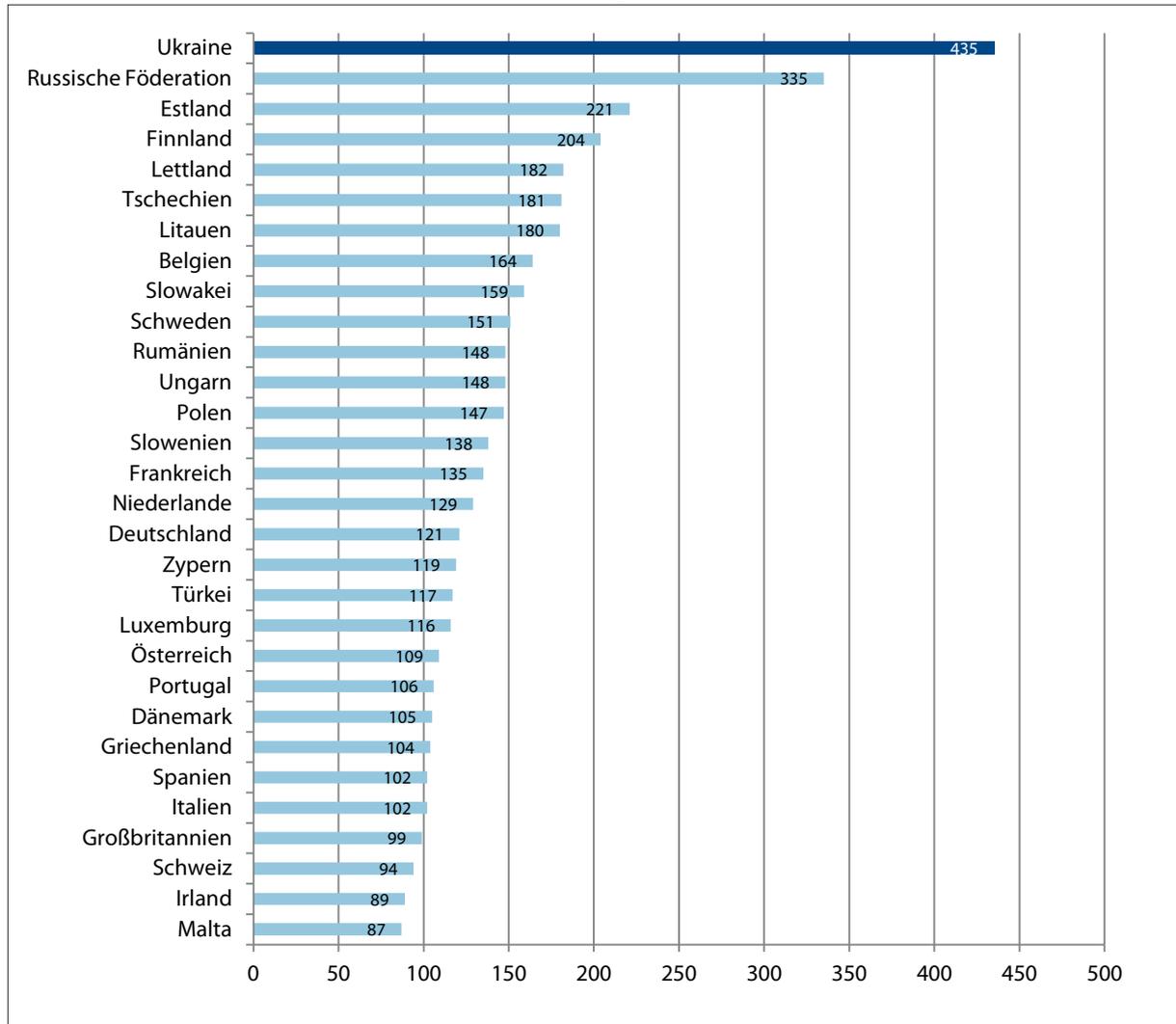
Anm.: Zahlen ab 2015 prognostiziert

Tabelle 3: Energieimporte nach der »Energiestrategie bis 2030« (in Mio. t Öläquivalent)

	2010	2015	2020	2025	2030
Kohle	9,5	6,0	6,0	5,5	5,2
Öl	10,7	12,9	13,4	14,6	14,0
Ölprodukte	7,5	3,5	6,9	8,4	9,1
Erdgas	42,5	39,1	31,4	23,2	5,8
Strom	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	70,9	61,5	57,7	51,7	34,1

Anm.: Zahlen ab 2015 prognostiziert

Grafik 4: Energieverbrauch (in kg Öläquivalent) pro 1000 \$ BIP (Kaufkraftparität, konstante Preise 2005) – die Ukraine im EU-Vergleich



Quelle: UN Development Goals Indicators, <http://mdgs.un.org/unsd/mdg/SeriesDetail.aspx?srid=648>

Der Fall Pawlitschenko

Am 02. Oktober 2012 wurden Dmytro Pawlitschenko und sein Sohn Serhij wegen Mordes an dem Kiewer Richter Serhij Subkow zu einer lebenslangen bzw. 13-jährigen Haftstrafe verurteilt. Die Ermittlungen und das darauf folgende Urteil wurden landesweit als unrechtmäßig kritisiert, öffentlicher Protest gegen den Prozess sowie gegen Justizwillkür waren die Folge. In einer Chronik (unten) werden die Ereignisse zusammengefasst, danach finden sich Pressestimmen zum Fall.

22.03.2011	Sergej Subkow, Richter am Kiewer Amtsgericht der Schewtschenko-Region, wird ermordet aufgefunden.
24.03.2011	Dmytro Pawlitschenko wird als Hauptverdächtiger festgenommen. Als Motiv für die Tat wird Rache genannt. Der Richter hatte zuvor in einem Urteil verfügt, dass die Familie Pawlitschenko ihre Wohnung in einem historischen Gebäude der Stadt aufgeben müsse. Pawlitschenko hatte seine Wut über diese Entscheidung mehrfach im Internet kundgetan.
29.03.2011	Serhij Pawlitschenko, Sohn des Hauptverdächtigen, wird wegen des Verdachts auf Mittäterschaft festgenommen.
10.06.2011	In elf Städten (darunter Kiew, Lwiw und Sewastopol) protestieren Fußballfans unter dem Motto »Freiheit den Gerechten« gegen die Verlängerung der Untersuchungshaft der Pawlitschenkos. Sohn Serhij ist Mitglied der Ultras des Klubs Dynamo Kiew.
09.11.2011	Die Staatsanwaltschaft schließt die Ermittlungen und leitet einen Gerichtsprozess gegen Vater und Sohn ein.
02.10.2012	Das zuständige Amtsgericht folgt den Empfehlungen der Staatsanwaltschaft und verurteilt Dmytro Pawlitschenko zu lebenslanger Haft. Serhij erhält eine Haftstrafe von 13 Jahren. Die Verurteilten wollen in Berufung gehen.
25.10.2012	Bei einem Champions-League-Spiel des FC Porto gegen Dynamo Kiew solidarisieren sich die portugiesischen Fans mit den Verurteilten. In der Folge protestieren Fans vieler europäischer Klubs gegen das Urteil.
25.11.2012	Am Lukjanowsker Gefängnis in Kiew protestieren etwa 3000 Menschen gegen das Urteil. Fußballfans und NGOs werfen den Strafverfolgungsbehörden vor, nicht alle Beweismittel ausgewertet und das Verfahren zugunsten einer schnellen Abwicklung schlampig durchgeführt zu haben. Auf der Demonstration erklingen auch abstraktere Forderungen nach einer gerechteren Justiz.
12.12.2012	Es taucht ein Video auf, in dem Serhij Pawlitschenko ein Geständnis ablegt und den Ablauf der Tat beschreibt.
13.12.– 31.12.2012	In der gesamten Ukraine finden Demonstrationen zur Unterstützung der Familie Pawlitschenko statt: in Charkiw (1500 Menschen), Lwiw (1000), Schytomir (200), Tscherkasy (200), Ternopil (150). Organisatoren der Aktionen sind oft nationalistische Gruppen.
14.01.2013	Am Kiewer Berufungsgericht findet die erste Anhörung statt. Vor dem Gebäude protestieren einige hundert Menschen. Zuvor waren in Lwiw, Dnipropetrowsk, Odessa, Charkiw und Moskau Menschen auf die Straße gegangen, in Dnipropetrowsk waren es ca. 1000. In Charkiw kam es zu Festnahmen.
26.01.2013	Unterstützer der Familie Pawlitschenko reichen im Weißen Haus eine Petition an US-Präsident Barack Obama ein. In der Petition fordern sie den Präsidenten auf, die so genannte Magnitsky-Liste auf ukrainische Beamte auszudehnen. Auf der Liste stehen zurzeit ca. 60 russische Beamte, denen so die Einreise in die USA verweigert wird. Die Aktivisten fordern solche Sanktionen u. a. gegen den ehemaligen Innenminister Anatolij Mohyljow und den Vorsitzenden der höchsten Ermittlungskommission des Innenministeriums Vasilij Farinnik. Unter ihrer Aufsicht hatten Ermittlung und Verurteilung stattgefunden.
31.01.2013	Serhij Pawlitschenko erklärt, dass er sein Geständnis unter Erpressung und Androhung von Folter abgelegt habe. Die Staatsanwaltschaft bestreitet die Vorwürfe. Die Fortsetzung der Befragung Serhij Pawlitschenkos wird auf den 6. Februar verschoben.
05.02.2013	In Iwano-Frankiwsk nehmen etwa 300 Menschen an einer Unterstützungsdemonstration teil.
10.02.2013	Der lokale Oppositionspolitiker Ewhenij Kaplin von der Partei »Ukraine-Vorwärts!« ruft für den 12.03. zu einem Generalstreik zur Unterstützung der Pawlitschenkos auf.

Pressestimmen zum Fall Pawlitschenko

Der Fall Pawlitschenko

Gastbeitrag des Vorsitzenden der Ukrainischen Juristischen Vereinigung, Oleh Beresjuk, Ukrainskaja Prawda, 29.01.2013

Aufgrund der Tatsache, dass der Fall von Vater und Sohn Pawlitschenko erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit erhalten hat, muss die Staatsanwaltschaft die Schuld der Pawlitschenkos nun nicht mehr nur vor Gericht beweisen.

Angesichts des geringen Maßes an Vertrauen in die Justiz- und Strafverfolgungsbehörden, wird jede in nichtöffentlicher Sitzung getroffene Entscheidung und Aussage zu weiteren Vertrauensverlusten in der Gesellschaft führen.

Ein Ausweg aus dieser Situation kann nur die vollständige Umsetzung des Artikels 27 der Strafprozessordnung zur Transparenz der Strafjustiz sein, um das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit und Fairness des Urteils zu fördern. Eine öffentliche Bearbeitung dieses Falles würde die Rechtmäßigkeit des Urteils stärken und das Rechtsbewusstsein der Bevölkerung fördern. (...)

Der Prozess gegen Pawlitschenko sollte offen sein, mit einer Live-Übertragung im ersten Kanal des staatlichen Fernsehens. So könnte jeder Richter sein und seine eigenen Schlüsse über die Schuld oder Unschuld der Pawlitschenkos ziehen.

Quelle: <http://www.pravda.com.ua/rus/columns/2013/01/29/6982436/>

Ukrainer glauben, dass Polizei und Gerichte die Mächtigen vor dem Volk schützen

Vlasti.net (Russland), 16.01.2013

Die Bürger glauben, dass Polizei und Gerichte nur die Mächtigen vor den normalen ukrainischen Bürgern schützen. Aus diesem Grund wird die Proteststimmung gegen die Richter und Vollzugsbeamten weiter anwachsen. Diese Meinung vertrat Irina Bekeschkina, die Geschäftsführerin der Stiftung »Demokratische Initiative« in einer Ausgabe [des Onlinemagazins] tyzhden.ua. (...). »Die Menschen vertrauen der Rechtsprechung überhaupt nicht. Der überwiegende Teil der Bevölkerung hält Selbstjustiz für die einzige Möglichkeit, um Gerechtigkeit wiederherzustellen. Und sie haben viele Beispiele hierfür. (...) Jeden Tag lesen die Menschen Beispiele im Internet, was sich dann schnell verbreitet. Manchmal sehen sie es auch im Fernsehen: Das Gesetz gilt nicht für alle. Daher hat sich die Einschätzung durchgesetzt, dass man das Gesetz selbst in die Hand nehmen muss.« (...)

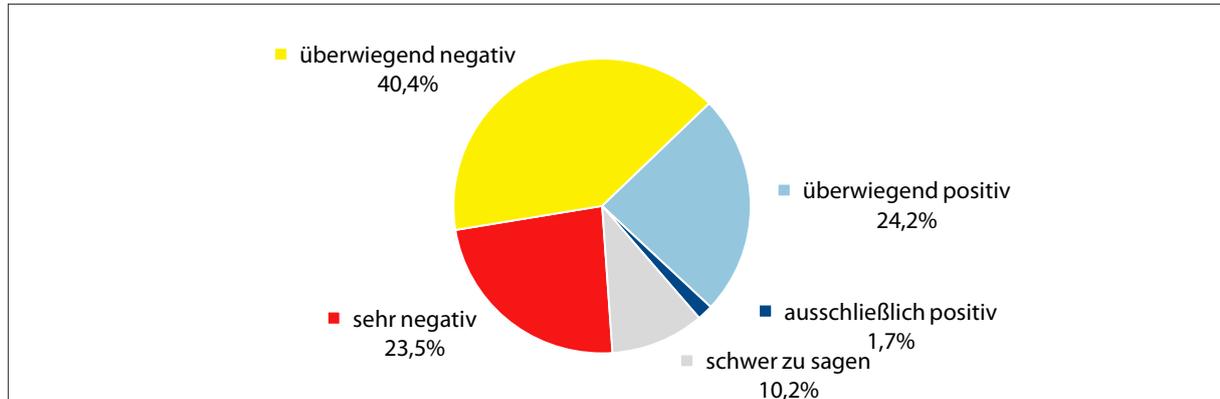
Sie hat beobachtet, dass der grausame Mord an dem Charkiwer Richter keine Missbilligung und kein Bedauern hervorgerufen habe. »Einige schrieben sogar, als bekannt wurde, dass er mutmaßlich umgebracht wurde – gut, dass er umgebracht wurde, er hat es verdient«, bemerkte die Soziologin.

Quelle: <http://vlasti.net/news/158252>

Ausgewählt und übersetzt von Eva Wachter und Jan Matti Dollbaum

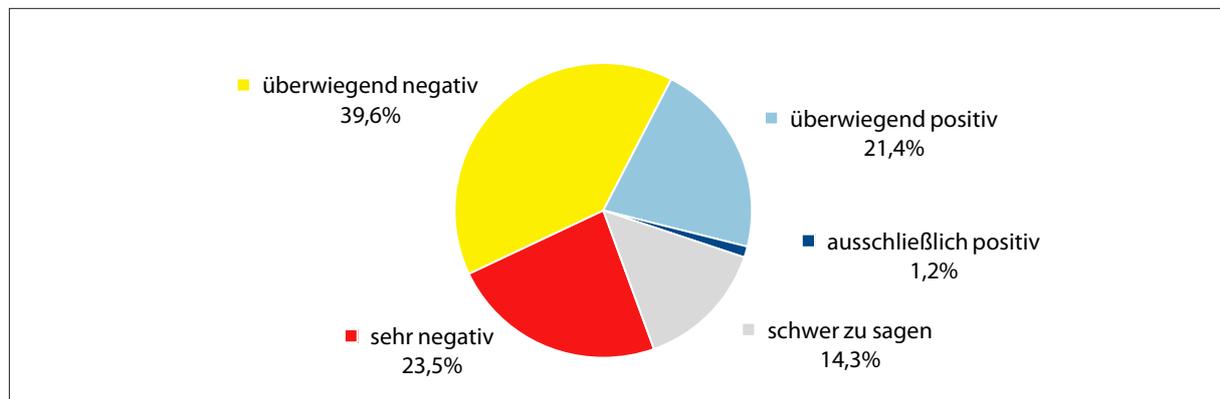
Umfragen zum Thema

Grafik 1a: Wie beurteilen Sie die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden in der Ukraine? Polizei



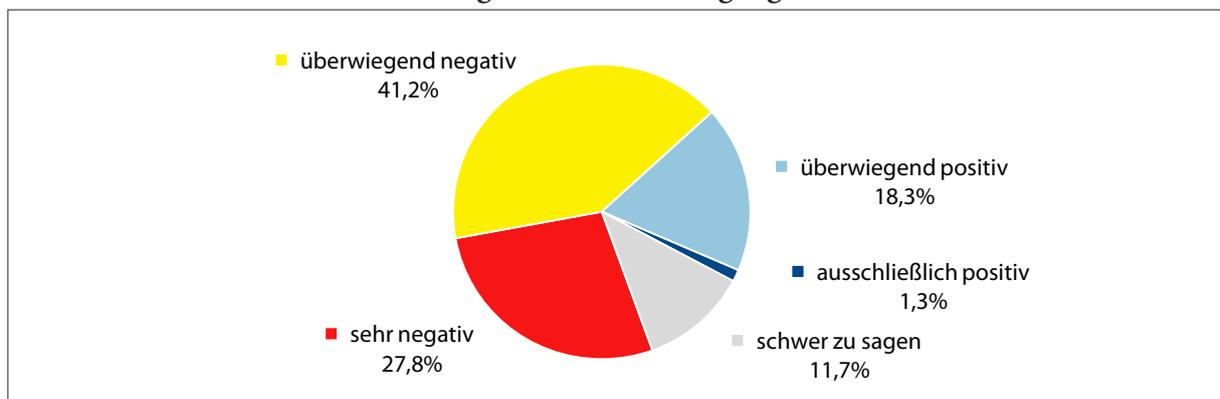
Quelle: Repräsentative Umfrage des Fonds »Demokratische Initiative« und des Rasumkow-Zentrums vom April 2012, http://www.dif.org.ua/ua/polls/2012-year/hivhawirgjoaweigoejhoj_1356706880.htm

Grafik 1b: Wie beurteilen Sie die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden in der Ukraine? Staatsanwaltschaft



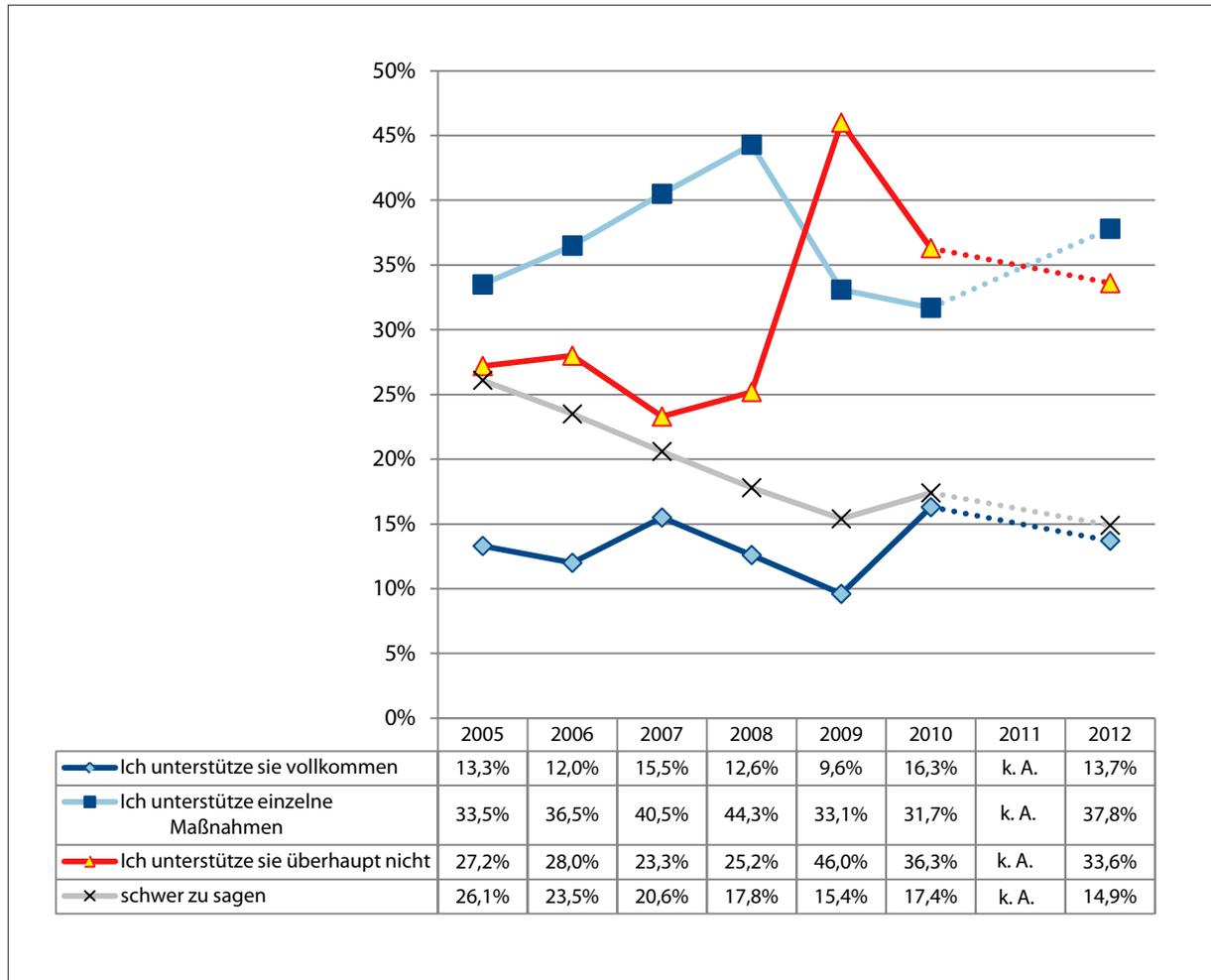
Quelle: Repräsentative Umfrage des Fonds »Demokratische Initiative« und des Rasumkow-Zentrums vom April 2012, http://www.dif.org.ua/ua/polls/2012-year/hivhawirgjoaweigoejhoj_1356706880.htm

Grafik 1c: Wie beurteilen Sie die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden in der Ukraine? Gerichte



Quelle: Repräsentative Umfrage des Fonds »Demokratische Initiative« und des Rasumkow-Zentrums vom April 2012, http://www.dif.org.ua/ua/polls/2012-year/hivhawirgjoaweigoejhoj_1356706880.htm

Grafik 2: Unterstützen Sie die Tätigkeit der Sicherheitsorgane in der Ukraine?



Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom August 2012, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=171

Vom 23. Januar bis 12. Februar 2013

23.01.2013	In einer Umfrage des Rasumkow-Zentrums sprechen sich 80 % der Befragten gegen eine Teilung der Ukraine in zwei Staaten (die westlichen und zentralen Regionen einerseits sowie die südlichen und östlichen Regionen andererseits) aus.
24.01.2013	Ministerpräsident Mykolaj Asarow prognostiziert ein Wirtschaftswachstum von 3–4 % für 2013. Dieser Wert liegt über den Schätzung von Experten, die mit höchstens 2,5 % rechnen.
26.01.2013	Unterstützer der Familie Pawlichenko reichen im Weißen Haus eine Petition an US-Präsident Barack Obama ein (s. Chronik zum Fall Pawlitschenko).
28.01.2013	Die rechtsradikale Partei Freiheit ruft Lehrer und Schüler dazu auf, ein neu erschienenes Geschichtsbuch zu boykottieren, in dem nach ihrer Ansicht historische Ereignisse und Zusammenhänge falsch dargestellt und wichtige Personen ausgeklammert würden. Insbesondere werde der Kampf der Ukraine für einen unabhängigen Staat nicht ausreichend gewürdigt. Zuvor waren auf Erlass des Bildungsministeriums die Nationalisten Stepan Bandera und Roman Schuchewytsch von der Liste für historische Bildung wichtiger Personen gestrichen worden, wogegen sich der Protest der Partei ebenfalls richtet.
29.01.2013	Aleksej Pukatsch, ehemaliger Chef der Hauptfahndungsabteilung, wird wegen Mordes an dem Journalisten Georgij Gongadse im Jahr 2000 zu lebenslanger Haft verurteilt. Laut Urteil handelte er im Auftrag des damaligen, 2005 ermordeten Innenministers Jurij Krawchenko. Pukatsch selbst hatte während der Verhandlung den Mord gestanden, als Auftraggeber aber den ehemaligen Präsidenten Leonid Kutschma und den damaligen Chef der Präsidentialverwaltung Wolodymyr Litwin genannt.
30.01.2013	Im Jahresbericht zur Pressefreiheit der Organisation »Reporter ohne Grenzen« fällt die Ukraine von Platz 116 im Jahr 2011 auf Platz 126. Dies ist die schlechteste Bewertung der Pressefreiheit nach der Orangen Revolution.
01.02.2013	Arsenij Jazenjuk, Fraktionschef der Partei Vaterland, ruft die Opposition im Parlament zur Blockade der Tribüne zu Beginn der zweiten Tagungsperiode am 5. Februar auf, um die Durchsetzung persönlicher Abstimmung zu erwirken. Um die bisher übliche Abstimmung im Namen anderer Abgeordnete zu erschweren, wird über die Einführung eines elektronischen Sensorknopfes diskutiert.
04.02.2013	Die Anführer der Oppositionsparteien Arsenij Jazenjuk (Vaterland), Vitalij Klitschko (UDAR) und Oleh Tjahnibok (Freiheit) verlangen von der Zentralen Wahlkommission binnen zehn Tagen eine Richtigstellung der Wahlergebnisse in den fünf umstrittenen Wahlkreisen 94, 132, 194, 197 und 223. Nach ihren Angaben hatten bei der Parlamentswahl vom 28.10.2012 in allen fünf Fällen Kandidaten der Opposition unrechtmäßig ihr Mandat an Kandidaten der Partei der Regionen verloren.
05.02.2013	Am Morgen der Eröffnung der zweiten Sitzungsperiode des Parlaments besetzen Abgeordnete der Oppositionsparteien die Tribüne des Sitzungssaals. Sie fordern die Einhaltung des Grundsatzes persönlicher Abstimmung und die Einführung des neuen Abstimmungssystems »Rada-3«. Die vorgesehenen Eröffnungsfeierlichkeiten finden nicht statt, Abgeordnete der Partei der Regionen verlassen den Saal. Etwa 60 oppositionelle Abgeordnete entscheiden, im Sitzungssaal zu übernachten.
07.02.2013	Die Blockade des Parlaments durch Abgeordnete der drei Oppositionsfraktionen dauert den dritten Tag an. Abgeordnete der Partei UDAR halten auch in der zweiten Nacht den Plenarsaal besetzt. Nachdem die Abgeordneten der Partei der Regionen heute wieder den Saal verlassen haben, wird die Sitzung auf Freitag verschoben. Oleksandr Efremow, Fraktionsvorsitzender der Partei der Regionen, spricht zum ersten Mal von einer möglichen Parlamentsauflösung durch den Präsidenten.

08.02.2013	Den Abgeordneten Pawel Baloga und Oleksandr Dombrowskyj werden vom höchsten Verwaltungsgericht die Mandate entzogen. Baloga war im Dezember aus der Fraktion der Partei der Regionen ausgetreten, auch Dombrowskyj war fraktionslos. Die Opposition protestiert gegen das Urteil, UDAR fordert die Entlassung der verantwortlichen Richter.
11.02.2013	Gespräche zwischen Opposition und Regierungsfractionen über eine Auflösung der Parlamentsblockade scheitern erneut. Die Opposition fordert weiterhin die persönliche Abstimmung, die sie als verfassungsmäßig bezeichnet. Die Oppositionsparteien schließen eine gewaltsame Räumung der Blockade nicht aus und erklären, sie seien darauf vorbereitet.
12.02.2013	Wolodymyr Olejnik aus der Fraktion der Partei der Regionen erklärt, wenn das Parlament weiter durch die Opposition blockiert werde, sei seine Partei zu Neuwahlen bereit, da sie eine gewaltsame Auflösung der Blockade kategorisch ausschließe.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Jan Matti Dollbaum

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de